

Regierungsratsbeschluss

vom 17. Dezember 2013

Nr. 2013/2402

KR.Nr. SGB 188/2013 **PB 35**

Legislaturplan 2013 - 2017 und Vollzugskontrolle zum Legislaturplan 2009 - 2013; Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag der Fraktion Grüne vom 29. November 2013 (VWD07)

1. Antragstext

B.2.2.1 Versorgung sichern; Energieeffizienz und erneuerbare Energie fördern

Die Fraktion Grüne beantragt folgenden Planungsbeschluss:

Der Regierungsrat wird beauftragt, in der Legislaturplanung 2013-2017 mit konkreten Zielen aufzuzeigen, wie die Stromeffizienz bis 2035 so weit gesteigert werden kann, dass der jährliche Stromendverbrauch das Niveau von 2011 nicht überschreitet und der gesamte Strombedarf ab 2035 grundsätzlich zu 100 Prozent durch erneuerbare Energien gedeckt wird.

2. Begründung

Der Bund plant im Rahmen der Energiestrategie 2050 die Energieversorgung der Schweiz ohne neue Atomkraftwerke; ab 2035 sollen alle Schweizer Atomkraftwerke vom Netz sein. Dieser Umbau des Schweizerischen Energiesystems ist insbesondere für den Kanton Solothurn als Standortkanton eine grosse Herausforderung und zugleich aber auch eine Chance. Es braucht ein Umdenken um diese Herausforderung anzunehmen und gleichzeitig die sich daraus ergebenden Chancen zu packen. Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz stärken die lokale Wertschöpfung, sichern und schaffen Arbeitsplätze in der Region. Dadurch wird unsere Abhängigkeit von Öl-, Gas- und Uranimporten reduziert und auch die Klimaziele können eingehalten werden. Mit den Zielen, den Stromverbrauch bis 2035 auf dem Niveau von 2011 zu stabilisieren und grundsätzlich zu 100 Prozent durch erneuerbare Energien zu decken, kann der Kanton Solothurn den Turnaround in der Energieversorgung schaffen. Dazu braucht es jetzt auf allen Planungsstufen auch in zeitlicher Hinsicht klar formulierte und messbare Zielvorgaben.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

Nach Artikel 73 Absatz 1 Kantonsverfassung behandelt der Kantonsrat den Legislaturplan und nimmt davon Kenntnis. Gemäss Absatz 2 kann der Kantonsrat mit einem Planungsbeschluss den Regierungsrat beauftragen eine Staatsaufgabe in eine bestimmte Richtung zu entwickeln.

Aus dem Antrag der Fraktion Grüne geht nicht hervor, ob damit ein neues Handlungsziel beantragt oder eine andere Erläuterung des Handlungszieles B.2.2.1 verlangt wird. Mit anderen Worten: es werden keine neuen strategischen Schwerpunkte mit klaren Steuerungs- und Messgrößen gesetzt.

Im Rahmen der Umsetzung der Energiestrategie 2050 des Bundes, der Einführung der neuen **Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich** (MuKE 2014) sowie des neuen kantonalen

Energiekonzeptes wird aufzuzeigen sein, wie der Energieverbrauch weiter reduziert werden kann. Dabei haben wir unser Augenmerk auf dem Gesamtenergieverbrauch und nicht nur auf dem Stromverbrauch.

4. Antrag des Regierungsrates

Nichterheblicherklärung.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Vorberatende Kommission

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

Verteiler

Volkswirtschaftsdepartement
Amt für Wirtschaft und Arbeit (6)
Aktuarin UMBAWIKO (Ste)
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat